

Die Ideologie der Ungleichheit

Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert

Von **Thomas Piketty**

Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Sie muss gute Gründe für sie finden, da andernfalls das gesamte politische und soziale Gebäude einzustürzen droht. So bringt jedes Zeitalter eine Reihe kontroverser Diskurse und Ideologien hervor, um Ungleichheit in der Gestalt, in der es sie gibt oder geben sollte, zu legitimieren und wirtschaftliche, soziale und politische Regeln aufzustellen, die geeignet sind, das gesellschaftliche Ganze zu organisieren. Dieser zugleich intellektuellen, institutionellen und politischen Auseinandersetzung entspringen im Allgemeinen eine oder mehrere herrschende Erzählungen, auf die sich die bestehenden Ungleichheitsregime stützen.

In den heutigen Gesellschaften übernimmt diese Rolle vor allem die proprietaristische¹ und meritokratische, den Unternehmergeist beschwörende Erzählung: Die moderne Ungleichheit ist gerecht und angemessen, da sie sich aus einem frei gewählten Verfahren ergibt, in dem jeder nicht nur die gleichen Chancen des Marktzugangs und Eigentumserwerbs hat, sondern überdies ohne sein Zutun von dem Wohlstand profitiert, den die Reichsten akkumulieren, die folglich unternehmerischer, verdienstvoller, nützlicher als alle anderen sind. Und dadurch sind wir auch himmelweit entfernt von der Ungleichheit älterer Gesellschaften, die auf starren, willkürlichen und oft repressiven Statusunterschieden beruhte.

Das Problem ist, dass diese große proprietaristische und meritokratische Erzählung, die im 19. Jahrhundert, nach dem Niedergang der Ständegesellschaften des *Ancien Régime*, ihre erste Sternstunde erlebte und Ende des 20. Jahrhunderts, nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und dem Triumph des Hyper-Kapitalismus, eine radikale Reformulierung globalen Zuschnitts erfahren hat, immer weniger tragfähig scheint.

* Der Beitrag basiert auf „Kapital und Ideologie“, dem jüngsten Buch des Autors, das soeben im Verlag C.H. Beck erschienen ist. Die Übersetzung aus dem Französischen stammt von André Hansen, Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer, Ursel Schäfer und Nastasja S. Dresler.

1 Proprietarismus ist für den Autor die Ideologie des Eigentums, dessen Sakralisierung zum obersten Wert in Wirtschaft und Gesellschaft. Der für Piketty zentrale Begriff, *propriétarisme*, klingt im Französischen, wo der *propriétaire* als Eigentümer ganz geläufig ist, sehr viel weniger akademisch. Da es dafür im Deutschen keine ebenso eingängige Entsprechung gibt, haben wir uns für das (sperrigere) Fremdwort Proprietarismus entschieden, um damit auch der Neuartigkeit von Thomas Pikettys Thesen Rechnung zu tragen (Anmerkung der Übersetzer).

Sie führt zu Widersprüchen, die in Europa und den Vereinigten Staaten, in Indien und Brasilien, China und Südafrika, Venezuela und dem Nahen Osten gewiss ganz unterschiedliche Formen annehmen. Gleichwohl sind diese verschiedenen, teilweise auch gekoppelten Wegverläufe, die einer je eigenen Geschichte entspringen, zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts immer enger miteinander verbunden. Nur aus einer transnationalen Perspektive werden wir daher die Schwachstellen dieses Narrativs besser verstehen und die Rekonstruktion einer alternativen Erzählung ins Auge fassen können.

Vom Hyperkapitalismus in die nationalistische Abschottung

Tatsächlich sind wachsende sozio-ökonomische Ungleichheiten seit den 1980er und 1990er Jahren in fast allen Teilen der Welt zu verzeichnen. In manchen Fällen haben sie so dramatische Ausmaße angenommen, dass es zusehends schwieriger wird, sie im Namen des Allgemeininteresses zu rechtfertigen. Zudem gähnt allenthalben ein Abgrund zwischen den offiziellen meritokratischen Verlautbarungen und den Realitäten, mit denen sich die beim Bildungs- und Reichtumserwerb benachteiligten Klassen konfrontiert sehen. Allzu oft dient der meritokratische, das Unternehmertum preisende Diskurs den Gewinnern des heutigen Wirtschaftssystems offenbar dazu, auf bequeme Weise jedes erdenkliche Ungleichheitsniveau zu rechtfertigen, ohne es überhaupt in Augenschein nehmen zu müssen, und die Verlierer ob ihres Mangels an Verdienst, Fleiß und sonstigen Tugenden zu brandmarken. Diese Schuldigsprechung der Ärmsten hat es in früheren Ungleichheitsregimen, die eher die funktionale Entsprechung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Auge hatten, nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmaß gegeben.

Die moderne Ungleichheit zeichnet sich denn auch durch eine Reihe von Diskriminierungspraktiken und ethnisch-religiösen oder den Rechtsstatus betreffenden Ungleichheiten aus, deren gewaltsamer Charakter zu den meritokratischen Ammenmärchen so recht nicht passen will und uns vielmehr in die Nähe der brutalsten Formen vergangener Ungleichheiten rückt, mit denen wir doch nichts gemein haben wollen. Man denke an die Diskriminierung, der Obdachlose oder Menschen einer bestimmten Herkunft und aus bestimmten Vierteln ausgesetzt sind. Oder an die Migrant*innen, die im Mittelmeer ertrinken.

Angesichts dieser Widersprüche und mangels eines neuen glaubhaften universalistischen Gleichheitshorizontes, den wir bräuchten, um uns den wachsenden Herausforderungen zu stellen, mit denen Ungleichheit, Migration und Klimawandel uns konfrontieren, steht zu befürchten, dass mehr und mehr die identitäre und nationalistische Abschottung als große Ersatzerzählung einspringt, wie es schon im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten war und in diesem beginnenden 21. Jahrhundert in den verschiedensten Teilen der Welt abermals zu beobachten ist.

Es war der Erste Weltkrieg, der einen Prozess zunächst des Abbruchs, dann der Neubestimmung jener Globalisierung der Geschäfts- und Finanzwelt in Gang setzte, die zu stark wachsender Ungleichheit in der „Belle Époque“ (1880-1914) geführt hatte – in einer Epoche, die *belle* allenfalls im Vergleich mit der Entfesselung von Gewalt heißen kann, die auf sie folgen sollte. Schön war sie in Wahrheit bloß für die Besitzenden, und namentlich für den weißen besitzenden Mann. Wenn das heutige Wirtschaftssystem nicht zutiefst verwandelt wird, um es in den einzelnen Ländern, aber auch zwischen ihnen egalitärer, gerechter und nachhaltiger zu machen, dann könnte es sein, dass der fremdenfeindliche „Populismus“ und seine möglichen Wahlerfolge es sind, die sehr bald die hyper-kapitalistische und digitale Globalisierung der Jahre 1990 bis 2020 in einen Zerfallsprozess eintreten lassen.

An der neuen ultra-inegalitären Erzählung, die sich seit den 1980er Jahren durchgesetzt hat, sind die Geschichte und das Desaster des Kommunismus nicht unschuldig. Aber sie ist auch die Frucht der Unkenntnis wie der Zerstückelung des Wissens und hat erheblich dazu beigetragen, den Fatalismus und die identitären Auswüchse zu nähren, mit denen wir es heute zu tun haben. Nimmt man aus einer interdisziplinären Perspektive den Faden der Geschichte wieder auf, so wird es möglich, zu einer ausgewogeneren Erzählung zu kommen, um die Umriss eines neuen partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert zu zeichnen und den universalistischen Horizont einer neuen Ideologie der Gleichheit, des gesellschaftlichen Eigentums, der Bildung, der Wissens- und Machtverteilung zu erschließen. Diese Erzählung ist optimistischer, sie setzt größeres Vertrauen in die menschliche Natur. Aber sie ist auch genauer und plausibler als die überkommenen Erzählungen, weil sie die Lehren beherzigt, die wir aus einer globalen Geschichte ziehen können.

Die Grenze und das Eigentum

Dabei steht insbesondere das politische Regime in Frage, also die Gesamtheit der Regeln, die eine Gemeinschaft definieren und ihr Hoheitsgebiet abstecken, die Mechanismen kollektiver Beschlussfassung und die politischen Rechte ihrer Mitglieder. Darunter fallen die unterschiedlichen Formen politischer Teilhabe und Mitbestimmung ebenso wie die Rolle von Einwohnern und Ausländern, Präsidenten und Versammlungen, Ministern und Königen, Parteien und Wahlen, Kolonialreichen und Kolonien.

Es geht aber auch um die Frage des Eigentumsregimes, das heißt der Gesamtheit der Regeln, die über mögliche Eigentumsformen entscheiden, sowie der Rechtsmittel und Praktiken, die die Eigentumsverhältnisse zwischen den jeweiligen Gesellschaftsgruppen regeln und über die Einhaltung dieser Regeln wachen. Jedes Ungleichheitsregime, jede Ungleichheitsideologie beruht, vereinfacht gesprochen, auf einer Theorie der Grenze und einer Theorie des Eigentums. Auf der einen Seite muss die Frage der Grenze beantwortet werden. Man muss klären, wer Teil der menschlichen und politischen Gemeinschaft ist, der man angehört oder sich anschließt, und wer

nicht, auf welchem Gebiet und nach welchen Regeln sie regiert werden will, und wie sich ihre Beziehungen zu anderen Gemeinschaften innerhalb einer umfassenden menschlichen Gemeinschaft (die je nach Ideologie mehr oder weniger als solche anerkannt wird) organisieren lassen. Es geht dabei um die Frage des politischen Regimes, aber ihre Beantwortung schließt auch eine unmittelbare Antwort auf die Frage der sozialen Ungleichheit ein, zuallererst jener, die Staatsangehörige von Ausländern trennt.

Auf der anderen Seite muss die Frage nach dem Eigentum beantwortet werden. Kann man andere Individuen besitzen? Oder Anbauflächen, Immobilien, Unternehmen, natürliche Ressourcen, Erkenntnisse, finanzielle Vermögenswerte, die Staatsschulden? Nach welchen praktischen Modalitäten und auf der Grundlage welches Rechtssystems, welcher Rechtsprechung kann man die Beziehungen zwischen Eigentümern und Nichteigentümern regeln und dafür sorgen, dass sie aufrechterhalten werden? Diese Frage des Eigentumsregimes hat, wie die des Bildungs- und Steuerregimes, einen gestaltenden Einfluss auf soziale Ungleichheiten und ihre Entwicklung.

Wer hat die Macht – und wer das Eigentum?

In den meisten frühen Gesellschaften sind die Fragen des politischen Regimes und des Eigentumsregimes – oder anders gesagt: die Frage der Macht über Personen und die Frage der Macht über Sachen (das heißt über Eigentumsgegenstände, die mitunter, im Fall der Sklaverei, Personen sein können, in jedem Fall aber einen bestimmenden Einfluss auf Machtverhältnisse zwischen Personen haben) – unmittelbar miteinander verknüpft. Ganz offensichtlich ist dies der Fall in den Sklavenhaltergesellschaften, in denen beide Fragen weitgehend zusammenfallen: Bestimmte Individuen besitzen andere Individuen und sind deren Herren und Besitzer zugleich. Dasselbe gilt, aber in subtilerer Weise, bei den Dreiständeordnungen oder „trifunktionalen“ Gesellschaften, also solchen, die in drei Klassen mit je eigener Funktion aufgeteilt sind: eine klerikale und geistliche Klasse, eine adlige und kriegerische Klasse, eine nichtadelige und arbeitende Klasse. In dieser historischen Form, wie sie in allen vormodernen Zivilisationen zu beobachten ist, sind die beiden herrschenden Klassen unauflöslich zugleich regierende, also mit Hoheitsbefugnissen (Sicherheit, Rechtsprechung) ausgestattete und besitzende Klassen. Über Jahrhunderte war derart der „landlord“ der Herr lebender, auf seinem Land arbeitender Personen so gut wie des Landes selbst.

Die Eigentümergeellschaften, die insbesondere im Europa des 19. Jahrhunderts ihre Blüte erlebten, waren im Gegenteil bemüht, die Frage des Eigentumsrechts (das als universell galt und allen offenstehen sollte) und die der Hoheitsbefugnis (unterdessen Monopol des Zentralstaats) streng voneinander zu trennen. Gleichwohl bleiben politische Ordnung und Eigentumsordnung auch in diesen Gesellschaften eng miteinander verknüpft. Zum einen, weil die Wahrnehmung politischer Rechte lange den Eigentümern

vorbehalten war (in politischen Regimen, in denen das sogenannte Zensuswahlrecht galt), und zum anderen, allgemeiner gesprochen, weil zahllose verfassungsrechtliche Vorschriften dafür sorgten (und weiterhin sorgen), einer politischen Mehrheit jede Möglichkeit der legalen und friedlichen Umgestaltung des Eigentumsregimes drastisch zu beschneiden.

So haben die Fragen der politischen Ordnung und die der Eigentumsordnung tatsächlich nie aufgehört, unauflöslich miteinander verknüpft zu sein, von den Dreiständeordnungen und Sklavenhaltergesellschaften über die Eigentümergesellschaften und kommunistischen und sozialdemokratischen Gesellschaften, die sich als Reaktion auf die von den Eigentümergesellschaften gezeitigten Ungleichheits- und Identitätskrisen herausgebildet haben, bis zu den modernen postkolonialen und hyperkapitalistischen Gesellschaften.²

Ideologien ernst nehmen

Um zu veranschaulichen, dass die strukturbildenden Verflechtungen zwischen politischer Ordnung und Eigentumsordnung auch in der heutigen Welt noch allgegenwärtig sind, reicht der Hinweis auf das Fehlen jedes demokratischen Mechanismus, der es einer Mehrheit der Bürger der Europäischen Union (oder gar der Weltbürger) erlauben würde, die geringste Steuer oder das geringste Umverteilungs- und Entwicklungsprojekt auf Gemeinschaftsebene ins Leben zu rufen, kann doch jedes noch so bevölkerungsarme Land sein Veto gegen eine gemeinsame Steuer einlegen, wie groß die Vorteile, die es aus seiner Integration in den europäischen Finanz- und Handelsraum zieht, auch immer sein mögen.

Das entscheidende Faktum ist, dass die zeitgenössische Ungleichheit zutiefst durch das System von Grenzen und Nationalitäten und die mit ihm verknüpften politischen wie sozialen Rechte strukturiert wird. Das trägt in diesem beginnenden 21. Jahrhundert zum Aufkommen multidimensionaler Konflikte bei, die sich an Fragen der Ungleichheit, der Migration und der Identität entzünden und es erheblich erschweren, Koalitionen zu schmieden und Mehrheiten zu finden, mit denen man den wachsenden Ungleichheiten Einhalt gebieten könnte. Die ethno-religiösen und nationalen Bruchlinien hindern, konkret gesprochen, die unteren Volksschichten unterschiedlicher Herkunft und aus verschiedenen Ländern daran, sich in einer politischen Koalition zusammenzuschließen, was zwangsläufig den Reichsten in die Hände spielt und die ausufernde Ungleichheit befördert.

Was fehlt, ist eine Ideologie und programmatische Plattform, die überzeugend genug wäre, um die benachteiligten Gesellschaftsgruppen davon zu überzeugen, dass das, was sie miteinander verbindet, wichtiger ist als das,

2 Daher schlage ich vor, diese historischen Veränderungen unter Verwendung des Begriffs des „Ungleichheitsregimes“ zu analysieren, der beide Begriffe, den des politischen Regimes und den des Eigentumsregimes (und weiterhin des Bildungs- und Steuersystems), umfasst und ihre Zusammengehörigkeit deutlicher hervortreten lässt.

was sie voneinander trennt. Denn die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit. Den Markt und den Wettbewerb als solchen gibt es so wenig, wie es Gewinn und Lohn, Kapital und Schulden, hochqualifizierte und geringqualifizierte Arbeiter, Einheimische und Fremde, Steuerparadiese und Wettbewerbsfähigkeit als solche gibt. All das sind soziale und historische Konstruktionen, die durch und durch nicht nur davon abhängen, welches Rechts-, Steuer-, Bildungs- und Politiksystem man in Kraft zu setzen beschließt, sondern auch von den Begriffen, die man sich davon macht. Diese Entscheidungen gehen zunächst und vor allem darauf zurück, was eine Gesellschaft unter sozialer Gerechtigkeit und gerechter Wirtschaft versteht, aber auch auf die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen und Diskursen in dieser Gesellschaft.

Diese Kräfteverhältnisse sind ihrerseits, und das ist der entscheidende Punkt, keine bloß materiellen, sie sind auch und vor allem intellektuelle und ideologische Kräfteverhältnisse. Es kommt, anders gesagt, in der Geschichte ganz entscheidend auf Ideen und Ideologien an. Sie sind es, die es uns stets erlauben, uns neue Welten und andere Gesellschaften vorzustellen. Wir haben es immer mit einer Vielzahl möglicher Wege zu tun.

Die Suche nach Alternativen – gegen die »naturgegebene« Ungleichheit

Dieser Ansatz unterscheidet sich von zahlreichen konservativen Diskursen, die uns erzählen wollen, Ungleichheit sei „naturgegeben“. Es verwundert kaum, dass in ganz unterschiedlichen Gesellschaften, zu allen Zeiten und unter allen Breitengraden die Eliten es darauf anlegen, Ungleichheiten zu naturalisieren, also so zu tun, als hätten diese natürliche und objektive Gründe, um uns darüber zu belehren, die sozialen Ungleichgewichte seien nur zum Besten der Ärmsten und der Gesellschaft überhaupt, und im Übrigen sei ihre derzeitige Struktur ohnehin die einzig denkbare und lasse sich nicht substantziell verändern, ohne den größten Schaden anzurichten.

Die historische Erfahrung beweist das Gegenteil. Ungleichheiten schwanken ganz erheblich, in Zeit und Raum, und nicht nur dem Umfang, sondern auch der Struktur nach. Sie verändern sich mitunter so rasch, dass die Zeitgenossen sich einige Jahrzehnte zuvor davon nichts hätten träumen lassen. Das hat manchmal Unheil gebracht, aber in ihrer Gesamtheit waren all die Brüche, all die revolutionären Umschwünge und politischen Prozesse, die es erlaubt haben, überkommene Ungleichheiten abzubauen und zu verwandeln, ein ungeheurer Fortschritt. Sie stehen am Ursprung unser wertvollsten Institutionen, derselben, die dafür gesorgt haben, dass die Idee des menschlichen Fortschritts Realität wird – das allgemeine Wahlrecht, die kostenlose Schulbildung und die Schulpflicht, die allgemeine Krankenversicherung und die progressive Steuer. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es dabei auch in Zukunft bleibt. Was immer Konservative darüber denken mögen, die derzeitigen Ungleichheiten und Institutionen sind nicht die allein möglichen, und

auch sie werden nicht umhinkönnen, sich zu verändern und stets wieder neu zu erfinden.

Aber dieser Ansatz, der um die Ideologien, die Institutionen und die Vielfalt möglicher Wege kreist, unterscheidet sich auch von bestimmten Lehrmeinungen, die man zuweilen als „marxistisch“ bezeichnet und die davon ausgehen, der ideologische „Überbau“ werde nachgerade mechanisch vom Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse determiniert. Dagegen beharre ich auf einer genuinen Autonomie der Ideen, das heißt der ideologisch-politischen Sphäre. Für ein und denselben Entwicklungsstand der Ökonomie und der Produktivkräfte (vorausgesetzt, dieses Wort ist sinnvoll, was nicht feststeht) gibt es stets eine Mehrzahl möglicher ideologischer und politischer Ordnungen, also auch möglicher Ungleichheitsregime.

So erlaubt es zum Beispiel die Theorie des unausweichlichen Übergangs vom „Feudalismus“ zum „Kapitalismus“ im Zuge der industriellen Revolution nicht, der Fülle historischer und politisch-ideologischer Entwicklungslinien Rechnung zu tragen, die sich in den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt beobachten lassen, namentlich zwischen kolonialisierenden und kolonialisierten Regionen, aber auch innerhalb der einzelnen Regionen. Und sie hindert uns vor allem daran, daraus die richtigen Lehren für die nächsten Schritte zu ziehen.

Nimmt man den Faden dieser Geschichte wieder auf, so stellt man fest, dass es die Alternativen stets gegeben hat und auch stets geben wird. Auf allen Entwicklungsstufen gibt es ganz unterschiedliche Wege, ein wirtschaftliches, soziales und politisches System zu gestalten, die Eigentumsverhältnisse zu definieren, ein Steuer- oder Bildungssystem einzurichten, mit öffentlichen oder privaten Schulden umzugehen, die Beziehungen zwischen verschiedenen menschlichen Gemeinschaften zu regeln etc. Und die Unterschiedlichkeit der Wegverläufe beschränkt sich nicht auf Details. Das Gegenteil trifft zu, und das gilt insbesondere für die möglichen Wege, die Eigentumsverhältnisse im 21. Jahrhundert zu organisieren. Manche unter ihnen könnten eine Überwindung des Kapitalismus darstellen, die sehr viel realer ist als der Weg, den jene wählen, die seinen Untergang voraussagen, ohne sich darum zu kümmern, was danach kommt.

Weder elitistischer Konservatismus noch revolutionärer Attentismus

Die Erforschung der verschiedenen historischen Wegverläufe und der vielen Abzweigungen zu unbeschrifteten Wegen ist das beste Mittel gegen den elitistischen Konservatismus, aber auch gegen den revolutionären Attentismus derer, die auf den *Grand Soir*, den Vorabend des großen Umsturzes, warten. Ein solcher Attentismus dispensiert seine Vertreter häufig davon, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, welche wirklich befreiende institutionelle und politische Ordnung eigentlich am Tage nach dem Großen Abend in Kraft treten soll. Und er verleitet gemeinhin dazu, auf eine ebenso aufgeblähte wie unbestimmte Staatsmacht zu vertrauen, was sich als ebenso gefährlich

erweisen kann wie die proprietaristische Heiligsprechung des Eigentums, der man entgegenzutreten behauptet. Diese Haltung hat im 20. Jahrhundert erheblichen menschlichen und politischen Schaden angerichtet, und den Preis dafür werden wir lange noch zahlen.

Dass der Postkommunismus (in der russischen wie chinesischen und in einem gewissen Maße auch der osteuropäischen Version, ungeachtet all dessen, was diese drei Entwicklungslinien trennt) am Beginn des 21. Jahrhunderts zum treuesten Verbündeten des Hyper-Kapitalismus werden konnte, ist eine unmittelbare Folge des kommunistischen Desasters in seiner stalinistischen wie maoistischen Spielart und des Schwindens aller egalitaristischen und internationalistischen Ambitionen, das sich aus ihm ergab. Dass es diesem Desaster sogar gelungen ist, das Unheil, das von sklavenhalterischen, kolonialistischen und rassistischen Ideologien angerichtet wurde, ebenso in den Hintergrund treten zu lassen wie deren tiefe Übereinstimmungen mit der proprietaristischen und hyper-kapitalistischen Ideologie, ist wahrlich keine geringe Leistung.

Trotz dieser Unheilsgeschichte versuche ich, so weit dies möglich ist, die Ideologien ernst zu nehmen. Dabei ist mir nicht unbekannt, dass es auch einen pejorativen Gebrauch des Ideologiebegriffs gibt, der mitunter durchaus gerechtfertigt ist. Ideologisch wird häufig eine dogmatisch verhärtete Sichtweise genannt, die den Tatsachen nicht ausreichend Rechnung trägt. Das Problem ist, dass allzu oft diejenigen, die sich ihren unbedingten Pragmatismus zugutehalten, im pejorativen Sinne des Worts „ideologischer“ als alle anderen sind: Ihre vermeintlich post-ideologische Haltung verhehlt mehr schlecht als recht, wie wenig sie sich um die Fakten scheren, wie groß ihre historische Unkenntnis ist, wie hartnäckig sie ihren Vorurteilen und ihrem Klassenegoismus verhaftet bleiben.

Zudem sind die erörterten Fragen – die Verfassung der idealen sozialen, ökonomischen und politischen Ordnung – viel zu komplex, als dass sich eines schönen Tages eine einzige Schlussfolgerung aus einer „objektiven“ Prüfung der „Fakten“ ergeben könnte. Letztere werden nie mehr sein als der Widerschein begrenzter Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, und unabgeschlossener Überlegungen und Beratungen, an denen wir teilnehmen durften. Und schließlich kann es durchaus sein, dass es die eine und einzige „ideale“ Ordnung (wie immer man diesen Begriff auch verstehen möchte) gar nicht gibt und jede unauflöslich mit einer Reihe von Merkmalen der jeweils untersuchten Gesellschaft zusammenhängt.

Zu behaupten, Ungleichheit sei ideologischer und politischer, nicht ökonomischer oder technologischer Natur, heißt daher nicht schon, sie ließe sich wie durch Zauberhand aus der Welt schaffen. Es heißt bloß, sehr viel bescheidener, dass man die ideologisch-institutionelle Vielfalt menschlicher Gesellschaften ernst nehmen und sich vor allen Diskursen hüten muss, die Ungleichheiten naturalisieren und die Existenz von Alternativen leugnen wollen.

Ende des ersten Teils, Teil II folgt in der Mai-Ausgabe.